

- Stellungnahme zur Bundespräsidentenwahl - von Christine Arndt

Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Oldenburgerinnen und Oldenburger, unsere Partei DIE LINKE. hat Joachim Gauck bei der Wahl zum Bundespräsidenten am 30.06.2010 nicht gewählt. Nun schließt sich an diese Tatsache eine Medienkampagne gegen die Linke an und die SPD und die Grünen erheben unhaltbare und anmaßende Anwürfe gegen unsere Partei und gegen unsere Wahlfrauen und Wahlmänner.

Die Linke hat ihre Entscheidung ausnahmslos auf Grundlage inhaltlicher politischen Erwägungen getroffen. Die inhaltlichen politischen Differenzen zwischen den Ansichten Joachim Gaucks und unserer Partei konnten zu keinem anderen Ergebnis führen.

Die Meinungsunterschiede wurden auch noch einmal in einem persönlichen Gespräch deutlich, welches die Wahlfrauen und Wahlmänner und unsere Abgeordneten mit Gauck geführt hatten.

Die Entscheidung Gauck nicht zu wählen und sich im dritten Wahlgang zu enthalten war alternativlos - auch vor dem Hintergrund der Bedingungen, die uns die Grünen und die SPD mit ihrer Nominierung von Joachim Gauck gestellt hatten.

Joachim Gauck war und ist für die Linke nicht wählbar. Dies liegt ausnahmslos daran, wie er sich politisch positioniert. Die gravierenden Meinungsunterschiede zu unseren identitätsstiftenden linken Forderungen und unserer Politik waren Grundlage unserer Entscheidung. Joachim Gauck befürwortet die Agenda 2010 und die Hartz Gesetze, er lehnt - wie er sich ausdrückt - einen „Fürsorgestaat“ ab, er befürwortet den Kriegseinsatz in Afghanistan.

Gauck ist im demokratischen 5-Parteiensystem nicht angekommen, er lehnt unsere Partei ab und hat wiederholt unserer Partei im Vorfeld zur Wahl Regierungsunfähigkeit vorgeworfen.

Unsere Partei steht für einen demokratischen Sozialismus, wir stehen bereits in Regierungsverantwortung und kämpfen auf allen politischen Ebenen für soziale Gerechtigkeit und gegen eine Zwei-Klassenmedizin, wir stehen für die Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte, für Bildungsgerechtigkeit und für ein anderes Bildungssystem und für Chancengleichheit. Wir wollen Altersarmut verhindern, wir fordern gerechte und gleiche Löhne für Frauen und Männer, wir wollen die Rücknahme der Hartz Gesetze, die Armut per Gesetz bedeuten und die die Spaltung von Arm und Reich in diesem Land, einem der reichsten Länder der Erde, weiter verschärft haben. Wir lehnen als einzige Partei im deutschen Bundestag den völkerrechtswidrigen Jugoslawien-Krieg und den Krieg in Afghanistan ab. Wir vertreten die Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen integrieren und versöhnen.

Demokratischer Sozialismus bedeutet, dass soziale Gerechtigkeit nie mehr mit dem Verlust von Demokratie oder Freiheit erkaufte werden darf. Gauck jedoch spaltet die soziale Frage und soziale Gerechtigkeit von seinem Freiheitsbegriff in einer Gesellschaft ab. Er befürwortet einseitige Sparmaßnahmen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, unter denen immer die schwächsten Menschen in dieser Gesellschaft leiden müssen und immer mehr Kinder in diesem Land in Armut leben müssen und um die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben gebracht werden. Damit fällt er selbst hinter die Erfahrungen, die uns die Geschichte unsere Landes und die Erfahrungen aus der DDR-Geschichte lehren kann (und muss) zurück und verhindert eine reflektierte und differenzierte Auseinandersetzung, indem er Pauschalverurteilungen trifft und sich zudem mit unseren identitätsstiftenden linken politischen Forderungen nicht identifiziert.

Wir wissen, dass die DDR kein Rechtsstaat war. Durch die Begrifflichkeit „Unrechtsstaat“, rückt Gauck die DDR jedoch bewusst in nicht hinnehmbare Weise in die Nähe des NS-Regimes.

Gauck spaltet, aber er vereint und versöhnt nicht. Er trägt seine eigene Biografie verbittert wie ein Schild vor sich her.

Wir fordern aber eine reflektierte und differenzierte Auseinandersetzung mit der DDR.

Alle Interessierte möchte ich auf eine Publikation des Willy-Brand-Kreises hinweisen. Diese kann auf der Homepage des Willy Brandt Kreises nachgelesen werden.

Der Willy-Brandt-Kreis hatte bereits im Februar 2005 eine Erklärung zum künftigen Umgang mit Stasi-Akten verfasst.

Diese Erklärung haben beispielsweise Daniela Dahn, Peter Bender, Egon Bahr, Peter Brandt, Günter Grass, Oskar Negt, Irina Mohr, Friedrich Schorlemmer u.a. unterzeichnet.

Dort heißt es:

„(...) wir waren immer dafür, mit der einmaligen Chance, den umfangreichen Aktenbestand eines repressiven Geheimdienstes öffentlich zu machen, sensibel umzugehen. Pressehinweise, wonach künftig Hauptaufgabe der Behörde die Aufarbeitung der DDR-Geschichte sein wird, erfüllen uns allerdings mit Sorge, da die Behörde mit ihrer bisherigen Arbeit bewiesen hat, dass sie für diese Aufgabe ungeeignet ist.

Die Behörde war von Anfang an nicht als neutrale wissenschaftliche Einrichtung angelegt, sondern hatte eine politische Zweckbestimmung. Wie der damals zuständige Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium erklärte, hatte der Sonderbeauftragte den Sonderauftrag, die DDR zu delegitimieren. Gleichzeitig waren alle geheimdienstlichen Erkenntnisse über die Bundesrepublik streng geheim, sie stehen der kritischen Aufarbeitung nicht zur Verfügung.

Damit begann eine auf ostdeutsche Repressionsgeschichte eingeeengte, selektive Geschichtsschreibung, die nicht nur Alltagsgeschichte ausblendet, sondern auch Forschungsvorhaben, die nicht die gewünschte Delegitimierung erbrachten unter den Tisch fallen ließ. (So wie beispielsweise bis heute die Zahl der tatsächlich bespitzelten DDR-Bürger, die Opfer einer „operativen Personenkontrolle“ wurden, geheim gehalten, weil mit ihr vermutlich das Bild von den flächendeckend kontrollierten Bürgern nicht aufrecht zu erhalten wäre.) Emanzipatorische Elemente, wie die Brechung des Bildungsprivileg in der DDR oder Selbstbewusstsein von Produktionsarbeitern, wurden genauso ausgeblendet wie Aspekte der bundesdeutschen Repressionsgeschichte. Mit ihrer Reproduktion von staatlich beaufsichtigter Geschichtswissenschaft hat die Behörde von Anfang an auch zu Fehlurteilen und Legendenbildungen beigetragen.

(...)

Die Behauptung der Behörde, „der Geheimdienst hatte jeden Aspekt des Lebens durchdrungen geht an der Erinnerung der meisten Menschen vorbei, erzeugt Überdruß, Abwehr und Trotz.

(...)

Akten eines Geheimdienstes sind jeweils interpretationsbedürftig und können nur eine Quelle unter anderen sein, zumal nach eigenen Bekundungen der Stasi wichtige Unterlagen vernichtet worden sind. Sie enthalten niemals alle Daten über eine Gesellschaft. Nur wenn sie ergänzt werden durch Erkenntnisse aus den Archiven des Partei- und Staatsapparates, der Kirchen, der Akademien, Verbände und Medien, der Eingaben und Leserbriefe, durch Befragungen von Augenzeugen und Forschungen über die Alltagsgeschichte, kann ein annähernd realistisches Bild entstehen. Wir brauchen eine differenzierte Aufarbeitung von Geschichte, die auch die westdeutsche Parallelgeschichte nicht ausblenden darf, weil sich nur in der Gesamtsicht Aktionen und Reaktionen erklären lassen.“

Gauck hat an der in der dieser Erklärung kritisierten Entwicklung seinen Anteil.

Die Instrumentalisierung und Delegitimierung der DDR wurde auch bewusst in dieser Wahl zum BundespräsidentIn von SPD, Grünen aber auch von Gauck selbst benutzt. Dies sollte vordergründig dazu dienen, die Linke zu diskreditieren.

Aber es gibt auch andere Stimmen in den Medien. Ich möchte aus einem Interview mit Dr. Albert Scharenberg (Politikwissenschaftler und Historiker) an dieser Stelle zitieren. Er äußerte sich dazu in diesem Interview zur BundespräsidentInnenwahl wie folgt:

„(...) Strategie von Rot-Grün: Die SPD will die Linke zurückdrängen, die Grünen wollen sich die Option auf Schwarz-Grün offenhalten. Das Ganze war eben ein strategischer Schachzug, mit dem durchsichtigen Ziel, die Linke vorzuführen. Denn wenn man einen Kandidaten aufstellt, damit er auch gewählt wird, empfiehlt es sich doch wohl, zuvor bei den Wahlmänner und -frauen für ihn zu werben. Insofern handelt es sich ganz klar um ein parteitaktisches Spiel.

(...)

Die von SPD und Grünen oft gebrachte These, dass sich die Linke durch die Wahl Gaucks von ihrer Stasi-Vergangenheit hätte lösen können, ist aber absurd und nur vorgeschoben. Gauck und Wulff sind einfach von den Grundüberzeugungen der Linken gleich weit entfernt.

(...)

Die Vertreter der Linkspartei haben immer wieder ins Feld geführt, dass Gauck in konservativer Mensch sei, der zum Beispiel in der Frage des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik völlig andere Grundsätze vertrete als die Linke. So gesehen war der Kandidat Wulff kein schlechterer Kandidat als Gauck, denn in diesen Fragen unterscheiden sich die Kandidaten ja kaum.

(...)

Den Ausschlag für das einheitliche Abstimmungsverhalten der Linken haben inhaltlich-politische Gründe gegeben.

(...) Ein Grund hierfür liegt sicherlich darin, dass Gauck es selbst versäumt hat, auf die Linke zuzugehen. Die SPD-Kandidatin Gesine Schwan hatte das bei der letzten Wahl anders gemacht: Sie hat die Unterschiede zur Linken benannt, aber auch die Gemeinsamkeiten betont – mit der Folge, dass sie von der Partei unterstützt wurde. Wer die Stimmen einer Partei haben will, muss grundsätzlich so vorgehen.

Frage: Also wollte Rot-Grün im Grund genommen gar nicht die Stimmen der Linken? **Scharenberg:** So ist es.“

- SPD und Grüne haben DIE LINKE. ausgegrenzt -

In die Suche und die Entscheidung über eine/n parteiübergreifend akzeptierte OppositionskandidatIn hatten uns Grüne und SPD im Vorfeld nicht mit eingebunden und hatten eine Nominierung mit der Absicht uns Linke auszugrenzen und vorzuführen getroffen. Die Nominierung Gaucks basierte auf rein taktischen Erwägungen. Sie war aber nicht getrieben von dem Wunsch eine/n für alle Oppositionsparteien tragfähige/n KandidatIn zu nominieren, die/der dann ggf. auch im Lager der Koalition auf Zustimmung stoßen könnte. Dass das Lager der Koalition nicht einheitlich war und es auch dort Wahlfrauen und -männer gab, die nicht hinter Wulff standen war bereits früh im Vorfeld zur Wahl deutlich.

Unsere Partei DIE LINKE. war offen und bereit auf breiter Basis eine/n KandidatIn aufzustellen. Wir haben und hätten uns keinem konstruktiven Gespräch verweigert. Was wir nicht dulden können ist das Einfordern blinden Gehorsams und die Unterwerfung unter ein Diktat, das uns SPD und Grünen aufgeben möchten.

Klaus Ernst kommentierte es so schön: „Wir müssen nicht auch noch den Kakao trinken, durch den man uns gezogen hat.“

Einige KritikerInnen nehmen aber diese Anwürfe und die Medienkampagne gegen unsere Partei auf und blenden dabei leider wesentliche Fakten und Inhalte aus.

Es gilt, dass wir uns trotzdem reflektiert und wiederholt inhaltlich damit auseinandersetzen. Wir müssen kommunizieren, warum sich die Linke so und nicht anders verhalten hat und sich im übrigen auch nicht anders verhalten konnte.

Unsere Aufgabe ist es, sich mit den Menschen auseinanderzusetzen und zu kommunizieren, wie sich unsere Haltung erklärt und wir müssen auch kommunizieren, dass unsere Haltung auf einer politischen und unbeugsamen Haltung und auf politischen Überzeugungen basiert. Unsere Glaubwürdigkeit, unsere identitätsstiftenden politischen Forderungen und die Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land haben wir nicht verleugnet. Von daher gilt unseren Wahlfrauen und Wahlmännern und unseren Abgeordneten in der Bundesversammlung Respekt und Solidarität.

- SPD und Grüne haben große Chance vertan – Kurs der Ausgrenzung muss vorbei sein -

Die Chance auf eine Veränderung und inhaltlich politische Erneuerungen in diesem Land, wurde von den Oppositionsparteien von SPD und Grünen mehrfach vertan. Eine Chance lag z.B. darin, dass alle Oppositionsparteien gemeinsam eine Debatte über einen GegenkandidatIn führen und gemeinsam eine KandidatIn nominieren. Mit diesem Schritt hätten SPD und Grüne gezeigt, dass sie die Partei die Linke und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und die parlamentarische Oppositionsbewegung insgesamt stärken wollen. Hierin hätte die Chance gelegen in gemeinsame Gespräche einzusteigen, die wir die Linke ja bei inhaltlichen Debatten stets suchen.

Auch auf kommunaler Ebene machen wir aber hier die Erfahrung, dass es insbesondere den Grünen darum geht Jamaika zu proben. Den Grünen geht es darum sich auch auf Landes- und Bundesebene eine Koalition mit der CDU offen zu halten. Der Preis der Ausgrenzung der Linken ist hoch: denn dies geschieht zum Vorteil einer neoliberalen Politik und geht zu Lasten sozialer Projekte und sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit in diesem Land. Gestärkt wird Frau Merkels Koalition und die unsägliche Bundespolitik also nicht durch unsere Enthaltung bei dieser BundespräsidentInnenwahl oder unsere politische Existenz, sondern ausschließlich dadurch, dass SPD und Grüne aus Profilerungs- und Machtgier unter Ausgrenzung der Linken eine Schwächung der Opposition hinnehmen. Eine politische Erneuerung und eine Politik der sozialen Gerechtigkeit wird aber nur mit uns Linken möglich sein.

Links wirkt, sowohl kommunal, als auch auf Landes- und Bundesebene. An uns können sie weder Vorbeiregieren noch alleine wirksam Oppositionspolitik durchsetzen. Die wesentlichen politischen Akzente auf Bundes- und Landesebene, in den Kommunen und auch im Bundesrat setzt die Linke mit unseren Forderungen und unseren politischen Inhalten. Beispielhaft sei hingewiesen auf den Mindestlohn, die Friedenspolitik, Bildungspolitik, Rekommunalisierung, eine Reform der Kommunalfinanzen oder die stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in transparenter gestaltete Entscheidungen von Verwaltung und Politik in ihren Städten, Gemeinden und Lebensräumen.

Eine starke gemeinsame Opposition kann politisch inhaltliche Veränderungen in diesem Land herbeiführen. Dabei gilt, dass wir Linke keine Blankochecks unterschreiben werden. Um jedes inhaltliche Thema muss diskutiert und gerungen werden. Hierfür fordern und fördern wir ein Klima der Akzeptanz und des fairen politischen Diskurses, der leider immer wieder von SPD und Grünen konterkariert wird.

SPD und Grüne haben sehenden Auges einen Kandidaten verheizt und eine große Chance vertan. Sie haben einen Kurs der Ausgrenzung gegenüber uns Linken gefahren und haben uns als demokratische Kraft und Partei ausgeschlossen.

Wir die Partei DIE LINKE. und unsere Wahlfrauen und Wahlmänner haben uns bei dieser Inszenierung nicht instrumentalisieren lassen und wir haben das Gesicht gewahrt. Wir Linke müssen uns für unsere Haltung weder entschuldigen noch verstecken, da wir uns an dieser Taktiererei nicht beteiligt haben, sondern unsere Entscheidung ausschließlich wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten bei politischen Inhalten getroffen haben.

Die Debatte darüber sollten wir aber offen führen. Sowohl untereinander, als auch mit Kritikerinnen und Kritikern, mit unseren Wählerinnen und Wählern und Sympathisantinnen und Sympathisanten. Diese Debatte muss auch in den Kreisverbänden und vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern konstruktiv geführt werden. Der politische, widerstreitende und vielschichtige Diskurs zeichnet uns Linke aus. Wir müssen unermüdlich unsere politischen Inhalte und Überzeugungen kommunizieren und dürfen uns keiner Debatte entziehen. Nur so werden wir weiterhin und nachhaltig die Menschen in diesem Land überzeugen.

- Aufstellung einer eigenen Kandidatin eine kluge Entscheidung -

Nach der Nominierung des Kandidaten der Koalition in Form von Wulff und der Nominierung von Gauck durch die SPD und die Grünen, gab es keine Alternative eine eigene KandidatIn aufzustellen.

Beide konservativen Kandidaten waren für die Linke gleich inakzeptabel, da keiner der Kandidaten unsere politischen Themen vertreten hat.

Luc Jochimsen zu nominieren war eine kluge Entscheidung. Nur so konnte gewährleistet werden, dass wir in den letzten Wochen mit unseren politischen Themen und Inhalten immer wieder Präsenz in den Medien und in den Debatten erhalten haben.

Unserer Kandidatin Luc Jochimsen ist es zu verdanken, dass unsere Friedenspolitik, die Ablehnung des Kriegeinsatzes in Afghanistan, die Ablehnung der Agenda 2010 und der Hartz Gesetze überhaupt in den Medien im Vorfeld zu dieser Wahl thematisiert wurden. Luc Jochimsen hat auch weitere Schwerpunkte neben der Friedenspolitik gesetzt, so z.B. auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern insbesondere bei der Entlohnung, die Chancengleichheit in der Bildung und nicht zuletzt soziale Gerechtigkeit in diesem Land.

Schon mit der Nominierung von Luc haben wir gezeigt, dass es uns ausnahmslos um politische Themen und Inhalte geht.

- Grüne und SPD müssen im 5 Parteiensystem ankommen -

Die Bundesversammlung hat am 30.06.2010 im dritten Wahlgang Christian Wulff mit absoluter Mehrheit zum 10. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Christian Wulff ist ein glatter Konservativer. Seine Politik als Ministerpräsident in Niedersachsen zeichnete sich aus durch eine unsägliche Anti-Bildungspolitik in diesem Bundesland. Die Proteste 10.000er Studentinnen und Studenten, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler für ein besseres Bildungssystem und längeres gemeinsames Lernen unserer Kinder prallten an Christian Wulff und seiner Ministerriege ab. Das Land Niedersachsen stößt sich an den Kommunen finanziell gesund und lässt die Kommunen in ihrer finanziell desaströsen Situation allein und lässt zu, dass die Kommunen weiter ausbluten. Und dies geschieht mit der Stimme von Christian Wulff, denn er hat dem sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ zugestimmt. Er hatte zu Beginn seiner Regierungszeit auch das Blindengeld gestrichen. Erst auf öffentlichen Druck hin wurde es zumindest teilweise wieder eingeführt.

Wulff war also ein Kandidat, der für die Linke nicht wählbar war. Wer könnte von euch daran zweifeln?

Die Koalition verfügte rechnerisch jedoch über eine komfortable Mehrheit mit insgesamt 644 Wahlfrauen und Wahlmännern in der Bundesversammlung. Trotzdem erreichte Wulff weder im ersten noch im zweiten Wahlgang die hierbei erforderliche absolute Mehrheit. Erst im dritten Wahlgang reicht für die Wahl zum Bundespräsidenten eine einfache Mehrheit aus. Wichtig ist aber schon hier zu betonen, dass er in diesem letzten Wahlgang mit 625 die **absolute Mehrheit** erreicht hat.

- Wahlfrauen und Wahlmänner der Koalition verweigerten Merkel die Gefolgschaft -

Das Scheitern Wulffs in den ersten beiden Wahlgängen an der Hürde der absoluten Mehrheit, war Ausdruck maßloser Unzufriedenheit im eigenen Lager der Koalition. Man kann von einer Denkwort-Mentalität der Wahlfrauen und Wahlmänner sprechen. Die verfehlte absolute Mehrheit in den ersten beiden Wahlgängen war Ausdruck einer stillen aber auch leider nur heimlichen und versteckt geäußerten Revolte dafür, dass Frau Merkel in ignoranter Weise auch der FDP und CSU ihren Kandidaten aufgedrückt hatte, ohne auch dort nur das breite Gespräch zu suchen, um eine konsensuale Entscheidung im Vorfeld der Nominierung erreichen. Das schlechte Ergebnis für Wulff im ersten aber auch im zweiten Wahlgang war ein Ausdruck der Unzufriedenheit im Lager der Koalition. Dass es um die Koalition schlecht bestellt ist, wissen wir alle. Sichtbar wurde es bei dieser Wahl ein weiteres Mal.

Wulff wurde dann also im dritten Wahlgang mit absoluter Mehrheit, nämlich mit 625 Stimmen gewählt. Diese absolute Mehrheit wäre zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erforderlich gewesen, weil im dritten Wahlgang auch die einfache Mehrheit zur Wahl des Bundespräsidenten ausgereicht hätte.

Dies ist aber ein wesentlicher Punkt. Denn als es darauf ankam, dass befürchtet werden musste, die Wahlfrauen und Wahlmänner unserer Partei könnten sich bei dieser freien und geheimen Wahl nun doch für Gauck entscheiden, haben Union und FDP sogar mit absoluter Mehrheit in der Bundesversammlung hinter ihrem Kandidaten gestanden.

Mit dieser satten Mehrheit wurde Wulff in das Amt des Bundespräsidenten gewählt. Nicht aber durch die Stimmenthaltungen unserer Wahlfrauen und Wahlmänner! Rechnerisch hätte sich selbst mit allen unseren Stimmen diese absolute Mehrheit für Gauck gar nicht erreichen lassen. Weder in den ersten beiden Wahlgängen, noch im dritten Wahlgang.

Dies ist auch wesentlich für folgende Überlegung: Selbst für den hypothetischen Fall – aber aus parteipolitischen Überzeugungen heraus unmöglichen Weg – die linken Wahlfrauen und Wahlmänner hätten ihre Stimmen Gauck bereits im ersten Wahlgang gegeben, dann hätten also schon dort trotz alledem Stimmen für die im ersten Wahlgang notwendige absolute Mehrheit für Gauck gefehlt! Die entscheidenden Stimmen für eine erforderliche absolute Mehrheit für Gauck hätten aus den Reihen von FDP und Union kommen müssen. Und eben nicht von unserer Partei und unseren Wahlfrauen und Wahlmännern.

Die Frage, die sich stellt wäre also gewesen, ob sich in Anbetracht der Tatsache und der „Gefahr“, dass sich die Partei DIE LINKE für Gaucks Wahl entschieden hätte, trotzdem noch genug Wahlfrauen und Wahlmänner aus den Reihen der Koalition gegen Wulff entschieden hätten. Diese Blöbe hätte sich die Koalition nicht gegeben und nicht geben wollen.

Offensichtlich dann, wenn es darauf ankommt der Opposition die Chance auf Veränderung und Sieg zu vereiteln, zeigen Union und FDP dann doch Geschlossenheit, und setzten somit ihren Kandidaten Wulff mit satter Mehrheit auch durch. Ein Risiko, dass sich die Linke als entscheidendes Zünglein an der Waage betätigt, hat und hätte die Koalition mit ihrer Geschlossenheit nicht zugelassen und wollte dies auch nicht ernstlich riskieren. Es bleibt aber dabei, dass nicht die Linke die entscheidenden Stimmen hätten stellen müssen, sondern dass diese aus den Reihen der Koalition hätten kommen müssen. Dies gilt für alle 3 Wahlgänge.

Am 30.06.2010 war klar, was wir im Vorfeld schon alle wussten. Selbst wenn jede und jeder Wahlfrau/Wahlmann, die die Linke stellen konnte Gauck gewählt hätte, wäre Christian Wulff Ministerpräsident geworden.

Verhindert hat die Linke die Wahl Gaucks zum Bundespräsidenten somit nicht. Dies ist eine Mär, die von dem beschämenden Verhalten von SPD und Grünen gegenüber unserer Partei DIE LINKE ablenken soll. Sie haben uns ausgegrenzt, kein Gespräch mit uns gesucht. Sie sind diejenigen, die die große Chance der Opposition verhindert haben. Sie sind nicht im 5-Parteiensystem angekommen.

Sie brauchen ein Thema mit dem sie verzweifelt versuchen sich zu profilieren, damit sie aus ihrem Sympathie- und Umfragetief herauskommen können. Sie suchen verzweifelt nach einer Möglichkeit uns Linke vorzuführen und bei den Bürgerinnen und Bürgern Missgunst gegen uns zu säen.

Sie brauchen etwas mit dem sie versuchen sich zu profilieren, was sie gleichzeitig benutzen können, um die Akzeptanz unserer Partei zu schmälern. Aus ihrer Sicht verständlich. Sie haben einen Großteil ihrer Wählerinnen und Wähler und auch Mitglieder an unsere Partei verloren. Wir halten ihnen einen Spiegel vor und zeigen unermüdlich auf, wo und wie SPD und Grüne den Sozialstaat demontiert und die Spaltung von Arm und Reich weiter vorangetrieben haben. Dies geschah wesentlich durch die Agenda 2010 und den Hartz Gesetzen, diese haben nämlich Armut per Gesetz in diesem Land zementiert, einem der reichsten Länder der Erde.

SPD und Grüne stilisieren uns zum Feind und verschwenden darauf viel Zeit. Zeit die dieses Land nicht hat in Anbetracht der Pläne und der fatalen politischen Entscheidungen, die die Bundesregierung vorantreibt.

Der SPD und den Grünen geht es nur um taktische Spielchen. Der wirkliche Feind in diesem Land ist aber die neoliberale Politik der Bundesregierung.

Hierauf müssen sich SPD und Grüne besinnen und dies müssen sie auch verinnerlichen. Wenn SPD und Grüne dies täten und ihr ehrliches Ziel eine politische Erneuerung in diesem Land für die Menschen und ihre Interessen wäre, dann müsste denotwendig die Ausgrenzung der Linken beendet werden. Dadurch würde dann auch die Opposition gestärkt.

- Chance auf Oppositionsgipfel von SPD und Grünen vertan -

Wir die Partei DIE LINKE hatten jetzt auf einen Oppositionsgipfel und einen Neustart und eine Stärkung der Opposition gesetzt. Dies setzt aber voraus, dass SPD und Grüne endlich im 5- Parteiensystem ankommen und dass sie uns als Partei respektieren. Dies lehnen Politiker der SPD und Grünen, namentlich Gabriel, Oppermann und Künast auch weiterhin ab.

Das politische Gespräch würde ja auch voraussetzen, dass sich SPD und Grüne inhaltlich auseinandersetzen und einen politischen Diskurs jenseits von Umfragewerten führen müssten. Zunächst einmal müssten sich die Parteien also mit sich selbst und ihren verkrusteten und linksfeindlichen Positionen auseinandersetzen.

Sie sind es, die eine Abkehr von der Ablehnung der Linken vollziehen müssen. Sie müssen aufhören uns zu bekämpfen. Damit ginge einher, dass sie endlich die Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land, die sich einen Politikwechsel unter Beteiligung der Linken und unter Schwerpunktsetzung unserer politischen Inhalte wünschen, ernst nehmen. Solange SPD und Grüne in Opposition zu den Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land gehen, wird auch ein Politikwechsel nicht möglich sein.

Für einen Politikwechsel wird die Linke gebraucht. Hierfür ist wesentlich, dass wir auch weiterhin selbstbewusst unser politisches Profil schärfen und für unsere politischen Inhalte und Überzeugungen einstehen.

Solange SPD und Grüne auch weiterhin einen politischen Weg gegen die Interessen der Menschen in diesem Land beschreiten, wird die Opposition unnötig geschwächt.

Erst dann, wenn SPD und Grüne uns nicht mehr ausgrenzen, nicht den Feind in uns versuchen zu finden, sondern erkennen, dass der gemeinsame Feind in der neoliberalen und konservativen Regierung liegt, die mit Sozialabbau, Streichkonzerten Arm und Reich im Land weiter spaltet, mit ihrer Anti-Bildungspolitik Kindern und Menschen die Chance auf ein freies und selbstbestimmtes Leben raubt, erst dann gibt es die reelle Chance eine politische Erneuerung, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu etablieren.

Die Linke ist sich und ihren identitätsstiftenden Überzeugungen treu geblieben. Wir fordern einen fairen und ehrlichen Umgang unter den Oppositionsparteien, weil wir einen wirklichen Politikwechsel wollen. Hierfür streiten, kämpfen und stehen unsere GenossInnen auf allen politischen Ebenen in diesem Land. Und hierfür haben wir auch bei der BundespräsidentInnenwahl gestanden.

Christine Arndt

Jahrgang: 1973

Beruf:

Juristin

Familienstand:

seit 1994 in Oldenburg lebend

Politisches Engagement:

Vor dem Zusammenschluss von WASG und PDS zur Partei Die Linke. zwölfjährige Mitgliedschaft in der PDS.

Lieblingszitat:

"Das Gesetz macht alle auf erhabene Weise gleich. Es verbietet allen Menschen, unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln oder Brot zu stehlen - den Armen ebenso wie den Reichen."

Anatole France

Ausschüsse:

Ratsfrau im Jugendhilfeausschuss, im Schulausschuss und im Ausschuss für Stadtgrün, Umwelt und Klima



Anschrift:

Kleine Kirchenstr. 11
26122 Oldenburg

Telefon:

0441 - 235 3664 oder 0441 - 235 2815

Fax:

0441 - 235 3636

eMail:

linksfraktion@stadt-oldenburg.de ,
christine.arndt@die-linke-oldenburg.de